

Debatte

Klaus von Dohnanyi: „Leider hat die SPD die Wurzel der Friedenspolitik einfach abgehackt“

Mit 96 gegen den Mainstream: Klaus von Dohnanyi fordert Verhandlungen mit Putin und wirft seiner SPD vor, die friedenspolitische Tradition zu verraten. Warum er das Manifest gleichgesinnter Genossen nicht unterschrieben hat, erklärt er hier

Von **Dorian Baganz**

12.06.2025

Am 11. Juni 2025 meldeten sich Sozialdemokraten wie Rolf Mützenich und Ralf Stegner in einem „Manifest“ zu Wort. In dem sechsseitigen Papier, das eine Debatte auslöste, fordern sie mehr Friedenspolitik statt immer neuer Aufrüstung. „Schrittweise“, so heißt es dort, solle zu einer Entspannung der Beziehungen mit Moskau zurückgekehrt werden. Wer glaubt, Frieden und Sicherheit seien nur „gegen Russland“ möglich, unterliege einem „gefährlichen Trugschluss“. Vielmehr müsse wieder an einer „Friedenspolitik mit dem Ziel gemeinsamer Sicherheit“ gearbeitet werden.

Einer der prominentesten deutschen Sozialdemokraten, der sich ebenfalls lautstark für eine Verständigung mit Russland einsetzt, steht interessanterweise nicht auf der Liste der mehr als 100 Unterzeichner: Klaus von Dohnanyi. Warum hat er seinen Namen nicht unter das Manifest gesetzt? Und wie stellt sich der Hamburger eine moderne Friedenspolitik im Jahr 2025 vor? Ein Gespräch über Putin, die Kriegsgefahr und einen Verteidigungsminister Boris Pistorius, in dessen Wortschatz das Wort „Diplomatie“ gar nicht erst vorkomme.

der Freitag: Herr von Dohnanyi, Sie waren vor Kurzem in der ARD-Sendung von Sandra Maischberger und haben dort für mehr Diplomatie im Ukraine-krieg geworben. Wie waren die Reaktionen auf Ihren Auftritt?

Klaus von Dohnanyi: Erstaunlich positiv.

Ihnen ist also gar keine Kritik entgegengebracht worden?

Nicht im Hinblick auf das Maischberger-Interview. Insgesamt schon – das liegt an meiner friedenspolitischen Position. Wie alle Aufklärer bin auch ich in der Minderheit. Das war in der Geschichte immer so: Die Mehrheit denkt im Mainstream. Wenn Sie beispielsweise der Auffassung sind, dass es zum Verständnis der Lage in der Ukraine reicht, festzustellen, dass Putin zuerst geschossen hat, dann haben Sie zwar eine mehrheitsfähige Meinung. Aber so einfach ist es eben nicht.

Sie haben in der Sendung gesagt, Friedrich Merz solle nach Moskau fahren, um direkt mit dem russischen Präsidenten Putin über die Beendigung des Ukrainekriegs zu beraten. Wie hoch schätzen Sie die Chancen ein, dass der Kanzler Ihrem Ratschlag folgt?

Gering. Immerhin ist er ein überzeugter Transatlantiker und, wie die meisten deutschen Politiker, amerikahörig. Davon handelt auch mein letztes Buch *Nationale Interessen*. Ich halte es für einen Fehler, dass Deutschland sein Schicksal fast

~~meine Interessen~~: Ich habe es für einen Fehler, dass Deutschland sein Schicksal fast vollständig in die Hände der USA gelegt hat. Ein Land wie die Bundesrepublik – mit seinen 83 Millionen Einwohnern und einer starken Wirtschaftskraft – sollte dazu in der Lage sein, mit Putin selbst über so eine wichtige Frage wie den Ukrainekonflikt zu reden. Aber wir überlassen dieses Gespräch den Amerikanern und schauen sehnsüchtig darauf, wie Herr Trump mit Herrn Putin telefoniert. Aber wenn es Krieg in Europa gibt, klirrt in Washington keine einzige Fensterscheibe. Amerika befindet sich in einer völlig anderen geostrategischen Lage als Europa. Als Selenskyj kürzlich zu Trump sagte, wir verteidigen in der Ukraine doch auch die USA, antwortete Trump: Uns verteidigt der Atlantik mit seinen 6.000 Kilometern Wasser. Wir als Europäer müssen selbst die Zügel in die Hand nehmen, wenn es um die Beilegung des Krieges geht.

Kann man mit Putin denn verhandeln?

Da bin ich ganz der Meinung von Mosche Dajan, dem berühmten Verteidigungsminister Israels zwischen 1967 und 1974. Der hat mal gesagt: „Wenn du Frieden willst, sprich mit deinen Feinden und nicht mit deinen Freunden.“ Das halte ich für einen zentralen Gedanken. Man muss mit demjenigen reden, von dem die Gefahr ausgeht. Das sollte Merz tun. Deswegen habe ich bei Maischberger gesagt, er soll nach Moskau fliegen.

„Ich bin überzeugt: Putin wäre sehr viel mehr daran interessiert, mit den NATO-Ländern friedlichen Wirtschaftsaustausch zu betreiben, als Krieg mit ihnen zu führen“

Der scheidende Präsident des Bundesnachrichtendienstes, Bruno Kahl, hat gerade vor einem baldigen Angriff Russlands auf die NATO gewarnt. Wortwörtlich sagte er in einem Podcast : „Wir sind uns sicher und verfügen über nachrichtendienstliche Belege, dass die Ukraine nur ein erster Schritt auf dem Weg nach Westen ist.“ Wie hoch schätzen Sie diese Gefahr ein?

Das halte ich für Quatsch. Putin hat keine Absicht, die NATO anzugreifen. Er hat ein Interesse daran, dass die Ukraine nicht zu einem rein russlandfeindlichen Nachbarn wird. Das ist ein schwieriges Problem, über das in Verhandlungen gesprochen werden muss. Aber Leuten wie Herrn Kahl würde ich antworten: Dann

-
veröffentlichen Sie doch mal Ihre Belege! Dann können wir darüber reden. Solange es bloß Vermutungen sind, kann man nicht debattieren. Ich erinnere mich noch gut, was es für Falschnachrichten gab, als der Irak-Krieg begonnen wurde. Auf so etwas sollte man nicht hereinfallen. Fakt ist: Als Putin 2001 mit Standing Ovationen im Bundestag begrüßt wurde, hatte er ein Interesse an friedlicher Zusammenarbeit mit Europa. Das ist ihm durch die Ausweitung der NATO zerstört worden. Ich bin überzeugt: Putin wäre sehr viel mehr daran interessiert, mit den NATO-Ländern friedlichen Wirtschaftsaustausch zu betreiben, als Krieg mit ihnen zu führen. Aber das war offenbar nicht im Interesse des Westens. Wer hat denn zuerst Nord Stream 1 und 2 sanktioniert und versucht, die Pipelines zu zerstören? Das waren die Amerikaner und nicht die Russen.

Im vergangenen Jahr haben Sie mit Blick auf die ausbleibende Friedenspolitik Ihrer Partei gesagt, die SPD sei dabei, sich selbst zu verraten. Sehen Sie das heute noch so?

Ja. Die SPD hat zwei Wurzeln: die Sozialpolitik und die Friedenspolitik. Leider hat die SPD die Wurzel der Friedenspolitik einfach abgehackt – unter dem Druck der Amerikaner, aber auch unter dem Druck der öffentlichen Meinung. Das war ein großer Fehler. Sie sollte sich wieder auf Willy Brandt besinnen, der im Kalten Krieg unglaublichen Mut bewiesen hat: Erst hat er 1963 als Regierender Bürgermeister von Berlin die Passierscheinverhandlungen mit der DDR begonnen, um dann schrittweise die Strategie „Wandel durch Annäherung“ umzusetzen. Mutige Sozialdemokraten wie ihn gibt es heute nicht mehr. Natürlich kann die Partei am Ende zu dem Ergebnis kommen, dass Putin für eine friedliche Lösung in Europa nicht ansprechbar sei. Aber das kann man nicht wissen, bevor man es nicht ausprobiert hat.

Gerade haben prominente Sozialdemokraten, darunter Rolf Mützenich, Norbert Walter-Borjans und Ralf Stegner, ein „Manifest“ für eine Kehrtwende in der Außenpolitik unterschrieben. Gefordert werden dort Gespräche mit Russland. Warum stehen Sie nicht auf der Unterzeichnerliste?

Mit meinen bald 97 Jahren bin ich nicht mehr im aktiven Kreis, aber ich unterstütze die Kollegen natürlich, wo immer es geht.

„Mein Problem mit Pistorius ist, dass ich die Worte 'Diplomatie' und 'Verhandeln' noch nie aus seinem

Mund gehört habe“

Vor Kurzem hat Ihr Parteifreund Boris Pistorius zusammen mit seinem ukrainischen Amtskollegen Rustem Umerov einen Vertrag in Berlin unterzeichnet, in dem sich Deutschland verpflichtet, die ukrainischen Streitkräfte im Umfang von fünf Milliarden Euro zu unterstützen . Was halten Sie von unserem Verteidigungsminister? Macht er die richtige Politik?

Boris Pistorius hat Recht, wenn er sagt, dass wir verteidigungsfähig sein müssen. Das Wort „kriegstüchtig“ würde ich hingegen nicht verwenden. Ich würde sagen: Wir müssen friedentüchtig sein. Dazu gehört die Fähigkeit, sich durch Abschreckung zu verteidigen. Mein Problem mit Pistorius ist, dass ich die Worte „Diplomatie“ und „Verhandeln“ noch nie aus seinem Mund gehört habe. Da höre ich lieber auf Helmut Schmidt, der in seinen verschiedenen Büchern immer wieder die Notwendigkeit betont hat, auf die Interessen der anderen Seite einzugehen. Schmidt ist derjenige gewesen, der auch gesagt hat: Wenn es jemals zur Wiedervereinigung kommt, müssen wir darauf achten, dass das die Sicherheitspolitik der Sowjetunion nicht zerstört. Leider ist genau das passiert: Man hat die Wiedervereinigung bekommen und kurz darauf, entgegen aller Versprechungen, die NATO erweitert. Innerhalb von nur sieben Jahren, zwischen 1990 und 1997, hat sich das Sicherheitssystem zunächst für die Sowjetunion und später für die Russische Föderation total verändert. Diese Veränderung hat Russland bisher nicht verarbeiten können.

Stand März hat Deutschland der Ukraine Militärhilfen in Höhe von 28 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Sollten wir Kiew weiter mit Waffen beliefern?

Wenn dies mit dem Hinweis verbunden wird, dass die Lieferungen mit entsprechenden Friedensbemühungen der Ukraine einhergehen: ja. Diese Bedingung müssen wir aber dringend an unsere Hilfe knüpfen. Einfach ohne Ende Waffen zu liefern, wird hingegen den Krieg fördern und nicht den Frieden. Wir werden den Ukrainern auch klarmachen müssen, dass sie weder den russischsprachigen Donbass noch die Krim zurückerobert können. Die Krim gehörte streng genommen historisch auch gar nicht zur Ukraine, sie war immer russisch. Sie fiel nur durch eine Verwaltungsentscheidung von Chruschtschow im Jahre 1954 an die Ukraine. Von daher glaube ich, dass wir am Ende eine Lösung sehen werden, bei der diese beiden Teile nicht mehr zur Ukraine zurückkehren.

Im letzten Jahr haben Sie angekündigt , wegen der ausbleibenden Friedenspolitik in der SPD das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) zu unterstützen. Tun Sie das immer noch?

Wagenknecht ist derzeit in einer sehr schwierigen Lage. Ich kann nicht sagen, wie es mit der Partei weitergeht. Mir ging es aber damals darum zu verhindern, dass in Thüringen, Sachsen und Brandenburg am Ende die AfD die Regierung übernimmt. Das ist dank des BSW gelungen. Wir hätten heute keine demokratische Lösung und keinen CDU-Ministerpräsidenten in Thüringen, wenn Sahra Wagenknecht nicht gewesen wäre. Ob meine Intervention dabei geholfen hat, weiß ich nicht. Aber hilfreich in der Sache bin ich vermutlich gewesen.

„Meine Botschaft an die Jugend lautet: Sorgt dafür, dass dieses Land nicht erneut in eine militärische Auseinandersetzung hineingezogen wird“

Der französische Präsident Emmanuel Macron hat schon mehrfach angeboten, die nukleare Abschreckung seines Landes auf andere europäische Länder auszuweiten, um diese vor einer angeblichen Gefahr aus Russland zu schützen. Fänden Sie es richtig, wenn Deutschland unter den Atomschirm seines Nachbarn schlüpfen würde?

Ich halte diese ganze Nuklearstrategie für nicht zu Ende gedacht. Frankreich wird niemals einer anderen Macht Einfluss auf den Einsatz französischer Atomwaffen geben. Niemals. Paris würde auch nie Atomwaffen gegen Russland einsetzen, um Warschau oder eine andere europäische Stadt vor einem terrestrischen Angriff zu schützen. Die Franzosen würden gar nicht daran denken! Man riskiert doch nicht seine eigene Hauptstadt, um eine andere Hauptstadt zu schützen! In diesen existenziellen Fragen ist jeder für sich selbst verantwortlich.

Sie werden in wenigen Tagen 97 Jahre alt. Was ist Ihre Botschaft an die jungen Leute heute?

Ich war als junger Mann im Zweiten Weltkrieg mit einer Panzerfaust ausgerüstet. Das prägt einen. Von daher habe ich drei Botschaften. Erstens: Unternehmt den Versuch, zu verstehen, was Krieg wirklich bedeutet. Zweitens: Sorgt dafür, dass dieses Land nicht erneut in eine militärische Auseinandersetzung hineingezogen

wird. Als Deutsche können wir in unsere Geschichte zurückblicken und sagen: Das wollen wir nicht noch einmal. Und das bedeutet: Wir wollen Frieden. Drittens: Fürchtet euch nicht, eine eigene Meinung zu vertreten – auch dann nicht, wenn sie unbequem ist.

Klaus Karl Anton von Dohnanyi (geboren 1928 in Hamburg) ist ein deutscher Politiker der SPD und ausgebildeter Jurist. Von 1969 bis 1981 gehörte er dem Deutschen Bundestag an, zwischen 1972 und 1974 war er Bundesminister für Bildung und Wissenschaft. Anschließend amtierte er von 1981 bis 1988 als Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg. Zuletzt erschien von ihm *Nationale Interessen: Orientierung für deutsche und europäische Politik in Zeiten globaler Umbrüche* im Siedler-Verlag (305 S., 26 €).